

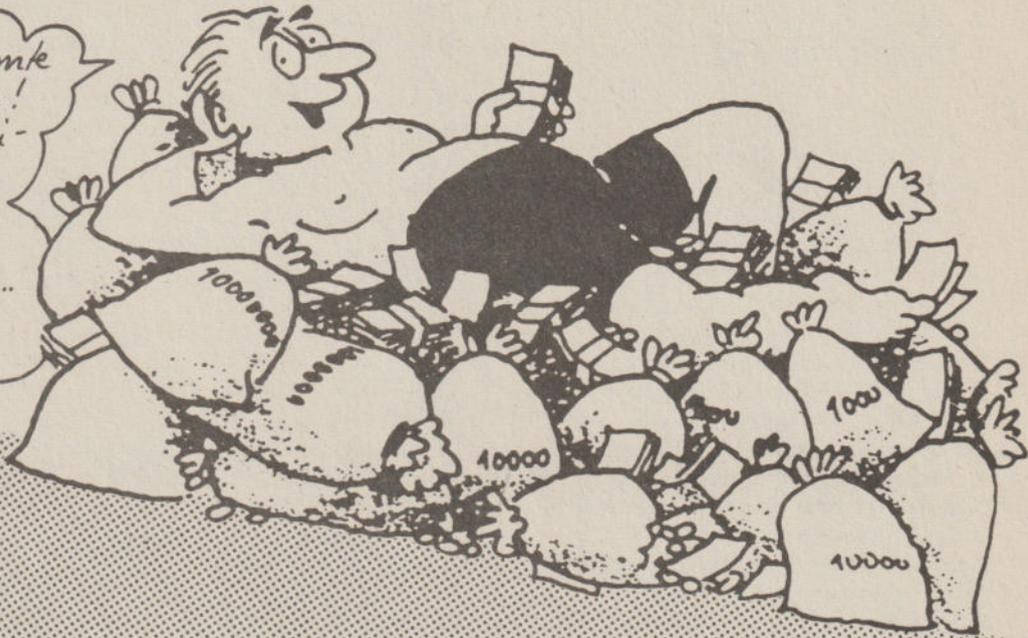
DER ROTE ANKER



Juni 1986

Betriebszeitung der DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI für die Buderus-Betriebe

Die Welt könnte
so schön sein!
Aber diese Arbeiter
verderben
immer alles:
Lohnrunde ...
35-Stunden-Woche...
...nicht zu glauben!



Lohnrunde '86

Warnstreiks und Aktionstage von Zehntausenden Metallarbeitern in den Tagen vor Pfingsten haben sich ausgezahlt. In Baden-Württemberg, dem Schwerpunkt der IG Metall-Protestaktionen (z. B. 28 000 in Stuttgart), lag auch das Verhandlungsergebnis als erstes fest: Löhne und Gehälter steigen um 4,4 %. Für April erhalten alle eine Einmalzahlung von 230 DM.

Die Auszubildenden bekommen 30 bis 35 DM mehr. Die Laufzeit des Tarifvertrages beträgt 12 Monate.

Dieser Abschluß der Tarifkommission Nordwürttemberg/Nordbaden wurde auch von unserer Tarifkommission in Hessen übernommen.

Dieser Abschluß bietet keinen Grund zum Jubeln oder wie es der Stuttgar-

ter Verhandlungsführer Walter Riester formulierte:

„Nicht berauschend“. Doch rechnet mal alles Erreichte zusammen, so kommt die IG Metall unter dem Strich auf 4,8 % und damit deutlich über die von den Unternehmerverbänden aufgebaute 3,8 %-Obergrenze. Der einheitliche Mehrbetrag von 230 DM kommt insbesondere den unteren Lohngruppen zugute. Doch entsprechen die 230,- DM nur in geringem Maße der Forderung aus vielen Betrieben und Verwaltungsstellen nach noch stärkerer Anhebung für die unteren Lohngruppen. Zudem konnte die IG Metall eine 12-monatige Tariflaufzeit verteidigen und kam sowohl in NRW als auch im Norden der BRD auf das gleiche Ergebnis wie in Baden-Württemberg und Hessen.

Die jetzige Reallohnsteigerung von etwa 3 % ist nicht getrennt zu sehen vom Beginn eines neuen Tarifkampfes im Herbst: Es geht darin um die weitere Verkürzung der Wochenarbeitszeit von 38,5 auf 35 Stunden.

Viele haben möglicherweise angenommen, daß die diesjährigen Lohn- und Gehaltsverhandlungen bei der derzeitigen guten Lage der Metallindustrie ein Spaziergang würden. Aber die vielen Warnstreiks und Aktionen von Kiel bis Bayern haben deutlich gezeigt: Geschenkt wird uns nichts! Wer nicht kämpft, kann auch nicht gewinnen!

Also: Vorbereiten auf den Kampf um die 35-Stunden-Woche. Im zweiten Anlauf gilt's!



Liebe Kollegen,

in de letzte 4 Woche is wirre alle Hand bassiert. Ob's das schwere Uklüg vo Tschernobyl is, wo mer sich des Maul verweist, anstatt alles zu dun um dene Betroffene zu helfe, un Überlechung anzustelle was man mache muß, damit sich so ebes net nochemal widerhole kann. Oder das von euserm Verfassungschutz in de Zeller Knast gesprengte Loch, was für de Fortbestand einer demokratischen Bundesrepublik vo größder Bedeutung gewese sei soll, oder das gastische Vorgehe vo de Bolizei ir'n dem Grenzschutz in Wackersdorf, wo dausende vo ängstliche Leu ge'e de WAA über die Pfingste friedlich demonstriere wollte.

Der ganz Atom-Maffia dert des awwer üwverhebt net basse, deshalb huse e botsjon Boliziste ir'n Zivil zum Randle mache (we freuer scho on de Stadtbahn West) irngesetzt. We des awwer alles noch ned schicke dert, huse noch mit Giftgas uf a Frae ir'n Kirn geschosse, so lang bis de Panik gruß war, dann huse noch mit Knippel drufgehache „was gibste, was hast“. Wenn einer nur de Hand zum Schutz gehowe hat, der wurd weche Widerstand gesche de Stads-gewald sofort festgenomme. Da kann ich als Kessel Karl nur sache, der Atom-Maffia, der Sau-bande, is awwer ach jed Middel recht um an's gruße Geld and an's Plutonium zu komme, un viele vo meine Ärswetskolleche, do des net durchblicke, reche sich nur üwver de demolierde Autos uff, obwohl des anner doch dausendmal schlimmer is.

Prost

Kessel-Karl

Aktionäre ??

Vor Wochen wurden uns Buderus-Kollegen Aktien angeboten. Wir sollen uns auf diese Weise am Profit der Buderus'schen Produktion beteiligen können.

So soll's doch auch eigentlich sein: Die, die produzieren, ernten die Früchte ihrer Arbeit. Und wie ist das jetzt bei uns Bude„russen“? Daß wir „Kollegen-Kleinaktionäre“ nun wie unsere Herren (die wir ja nie zu sehen bekommen) eine Million Dividende einsacken oder mehr?

Eher wäre zu erwarten, daß wir uns beim Nasebohren die Finger brechen! Nach anfänglichem Anzug einer 289,- DM-Aktie auf 342,- DM steht sie mittlerweile nur noch mit 310,- DM im Kurs. Rechnet man beim derzeitigen Stand eine Verkaufsgebühr von ca.

35,- DM ab, scheint die wirtschaftliche Grenze des Kleinaktionärs derzeit schon erreicht.

Scheinbare Profitbeteiligung durch Kleinaktien bedeutet etwa dasselbe wie das Verteilen des Bärenfells — eines Bärs, der noch gar nicht erlegt ist.

Also nichts weiter als eine kapitalistische Börsenspekulation! Viel besser als unkalkulierbare Trickereien wäre doch wohl eine garantierte Beteiligung am Profit — den wir ja doch schließlich selbst erarbeitet haben.

Oder warum überhaupt auf halben Wege stehen bleiben?

Den Großteil des Gewinns auf die Konten der Kollegen statt denen der Großaktionäre.

Dagegen ist Kleinaktienkauf wie Zukunftsmusik auf der Kindertrompete!



1. Mai 1986



2500 Kolleginnen und Kollegen beteiligten sich in diesem Jahr in Gießen an der Demonstration des DGB zum 1. Mai: für Frieden, Arbeit und das Streikrecht der Gewerkschaften.

Wackersdorf, Pfingsten 1986

Neues aus

diesem unserem Lande



Bilder wie aus dem Krieg. Ein Hubschrauber wirft Gasbomben auf Menschen ab. Die Menschen fliehen in Panik. Sie drohen zu ersticken, würgend atmen sie, erbrechen sich. Sie erblinden für Stunden, irren durchs Gelände, suchen Zuflucht im Wald. Tränenüberströmt brechen sie zusammen.

Eine Stunde zuvor: Die Bewohner einer ganzen Region ziehen in ihren Wald. Es geht ihnen um ein Stück Heimat. Sie haben Angst um sich, ihre Kinder, ihr Land. Truppen treten ihnen entgegen. Sie werden zurückgedrängt. Ein Mann legt schützend seinen Arm um die Frau. Später werden auch sie Opfer des Überfalls. Hunderte Verletzte und Gefangene werden gezählt. Der Innenminister ließ verlauten: Man hätte auch schießen können. Bombardierungen aus der Luft hält er offen für die menschlichere Form der Kriegsführung.

Die Bilder sind nicht aus einem fernen Land und nicht aus einer fernen Zeit. Sie entstanden am Pfingstmontag. In diesem Land. Mitten im Frieden.

Nach der Schlacht der Kriegsbericht des Oberkommandos. Die Uniformierten haben tapfer gekämpft, lobt der Bundesinnenminister. Stolz zählt er auf, was er alles zu dem Krieg beisteuerte: Zwei Einsatzhundertschaften des Bundesgrenzschutzes (neben Tausenden Polizisten), zehn Wasserkanonen, mehrere tausend Reizstoffkörper und mehrere zehntausend Liter Reizstoffstammlösung. Sein besonderer Stolz: der Bundesgrenzschutz. Es muß da eine Grenze geben im Bayernland.

Es gibt sie. Truppen dringen in die Oberpfalz ein. Die Grenze zwischen Moral und Terror wird niedergedrückt. Von den Eindringlingen, die in der Wahl ihrer Mittel nicht mehr wählerisch sind. Wie sehr fürchtet eine Regierung ihr Volk.



Solidarische Hilfe:

Spendet für die Opfer!

„Noch laborieren Betroffene an den Spätfolgen des lebensgefährlichen CS-Kampfgaseinsatzes vom Ostermontag, da werden zu Pfingsten wieder Frauen, Kinder und alte Menschen als Kriminelle behandelt und durch Bürgerkriegseinsatz der Staatsgewalt an Leib und Leben bedroht“, erklärte die Organisation Solidarische Hilfe. Den Verletzten und in ihren demokratischen Rechten eingeschränkten Bürgern müsse Solidarität zuteil werden. Spendenkonto: Solidarische Hilfe, Postgirokonto Stuttgart 208 54-709 (BLZ 600 100 70), Stichwort WAA.

Das Ausmaß ist neu, das Szenario bekannt: Gewalttäter sind wie gerufen zu Stelle ... – und da muß doch der starke Staat unbedingt! Na hören Sie mal!

Die Oberen planen neue Schlachten: Wir brauchen ein noch schärferes Demonstrationsrecht. Am besten Demonstrationen nur noch mit Polizisten, ganz ohne Bürger. Wir brauchen neue Waffen gegen den Bürger. „Distanzmittel“

nennt der bayerische Innenminister seine Waffen der Zukunft. Dabei handelt es sich um 200 g schwere Hartgummigranaten nebst Kanonen vom Rüstungsunternehmen Messerschmitt-Bölkow-Blohm. Damit jeder Schuß sitzt, soll ein Schußfeld in den Wald geschlagen werden.

Aber die Angst vor dem entfesselten Atom bleibt. Angst, die in Widerstand umschlägt, was immer die Minister planen.

Ausstieg aus dem Bonner Atomprogramm in Hessen so schnell wie möglich !

Besorgnis, Angst und unüberhörbare Fragen bestimmen die Gefühle und das Denken der Menschen über die Grenzen der Staaten hinweg nach dem Reaktorunfall in Tschernobyl. Denn für Millionen Menschen ist in den vergangenen Wochen erfahrbar geworden, wie gefährlich radioaktive Strahlen sind. Es ist deutlich geworden, in welchen menscheitsvernichtenden Dimensionen die Welt verstrahlt wäre, käme es zu nuklearen Auseinandersetzungen. Aber auch die Erkenntnis ist unter den Menschen geschärft worden: Die Welt von heute steht vor vielen Problemen, die nur global, nur gemeinsam gelöst werden können: die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen, die Beseitigung des Hungers, die Einstellung des Wettrüstens, die Verhinderung von Kriegen.

Alternative Energie verstärkt entwickeln

Eines steht fest: Die Menschheit braucht – sollen Hunger, Unterentwicklung und Not überwunden werden – in Zukunft mehr Energie. Um die Energieversorgung zu decken, wird es nötig sein, neben den fossilen Energiequellen (wie Kohle, Gas und Öl) gemeinsame Forschungen international zur Entwicklung alternativer Energieträger (z. B. der Kernverschmelzung, Sonnenenergie) verstärkt zu betreiben – statt sie wie in den USA zugunsten von SDI einzuschränken.

Aber nicht nur das: der soziale und demokratische Fortschritt der Menschheit wird in der Zukunft – wie in den vergangenen Jahrhunderten auch – nicht zuletzt davon bestimmt, ob die Völker, nachdem der Imperialismus ihre eigenen Energiequellen ausgebeutet hat, in ihrer Energieversorgung weiter von den kapitalistischen Industrienationen abhängig sein werden – unabhängig davon, ob der Strom aus AKW's oder anderen Energieträgern kommt. Diese und andere Fragen stellen sich alle dem Fortschritt der Menschheit verbundenen Kräften. Sie sind auch für die sozialistischen Länder maßgebend. Wollen sie ihre eigene ökonomische und soziale Entwicklungsfähigkeit gewährleisten, ihre Hilfe für solche Länder aufrecht erhalten, die einen eigenen Entwicklungsweg suchen, den militärischen Herausforderungen der USA und der NATO begegnen und den dafür notwendigen Energiebedarf decken, wird die Energieerzeugung auf der Grundlage der Atomkernspaltung solange ein Erfordernis bleiben, bis andere Energiequellen, an

denen in der Sowjetunion – wie der Kernfusion – gearbeitet wird, zur Verfügung stehen. Nur vor diesem Hintergrund wird es möglich sein, weltweit auch auf die Atomstromproduktion, auf der Grundlage der Kernspaltung, verzichten zu können.

Weg mit den Atomwaffen

Notwendig und möglich ist aber der sofortige Verzicht auf die militärische Nutzung der Kernenergie. Die Vorschläge von Michail Gorbatschow, Generalsekretär der KPdSU, für eine atomwaffenfreie Welt im Jahr 2000 haben dafür den Blick geöffnet und einen gangbaren Weg vorgezeichnet. Es ist notwendig und möglich, die Strahlenbelastung der Menschen sofort zu verringern, wenn alle Atomwaffentests eingestellt werden und das einseitige Moratorium der Sowjetunion bis zum 6. 8. 1986 von den USA entsprechend beantwortet würde.

Keine Notwendigkeit für Atomstrom in der BRD

Für die Bundesrepublik besteht keine Notwendigkeit der Atomstromproduktion: Im kohlereichsten Land Westeuropas bestehen Reservekapazitäten, die einen Verzicht auf Atomstrom möglich machen. Die Nutzung der heimischen Kohle würde zudem alle Gefahren vermeiden, die sich – zumal als Profitquelle von den privaten Energiekonzernen genutzt – aus dem Betrieb kerntechnischer Anlagen ergeben. Ein Kohlekraftwerk mit der Leistung eines KKW-Blocks in Biblis würde für über 10 000 Bergarbeiter Arbeitsplätze schaffen.

Deswegen muß das Bonner Atomprogramm gestoppt werden, dürfen weitere AKW's nicht gebaut oder in Betrieb genommen werden. Insbesondere ist es vordringlich, alles zu tun, um den Bau der WAA in Wackersdorf oder anderswo, den Betrieb des Schnellen Brüters in Kalkar und die weitere Produktion und Lagerung atomwaffenfähigen Materials bei Nukem und Alkem in Hanau zu verhindern, weil durch diese Projekte der Zugriff des bundesdeutschen Militär-Industrie-Komplexes auf die Entwicklung und Produktion eigener Nuklearwaffen möglich wird.

Hessen kann ein Beispiel geben

In dieser Situation begrüßt die DKP-Hessen die Tatsache, daß jetzt Verhandlungen zwischen den Grünen und der SPD begonnen haben, um einen Zeitplan für den Ausstieg Hessens aus der Atomstromproduktion zu vereinbaren. Wir unterstreichen unsere Posi-

tion, daß die Auseinandersetzungen um diesen Zeitplan nicht dazu führen dürfen, die Koalition in Frage zu stellen. Jetzt gilt es, parlamentarisch und außerparlamentarisch alles zu tun und politisch einen solchen Druck zu erzeugen, der dazu führt, daß in Hessen der Anfang einer schrittweisen Überwindung der Energieerzeugung auf der Grundlage der Atomkernspaltung für die Bundesrepublik gemacht und damit ein erster Schritt des Ausstiegs aus dem Bonner Atomprogramm vollzogen wird.

Die Überwindung der hohen Abhängigkeit Hessen vom Atomstrom (ca. 70 Prozent) ist nicht nur nötig, sondern auch möglich. Vorrangig auf Kohlebasis sind beschleunigt neue Kraftwerke zu errichten und mit modernster Umweltschutztechnik und Abwärmenutzung auszustatten. Alte Kohlekraftwerke sind entsprechend nachzurüsten oder durch moderne Anlagen zu ersetzen.

Notwendig sind größere Anstrengungen zur Energieeinsparung (verstärkte Anwendung von Kreislaufverfahren in der Industrie, verbesserte Isolierung von Gebäuden, Erhöhung des Wirkungsgrades von energetischen Anlagen, Abwärmenutzung, Wärme-Kraft-Koppelung usw.), erhöhte Investitionen für die Weiterentwicklung von Umweltschutztechnologie, für den Ausbau des Fernwärmenetzes auf der Basis der Abwärmenutzung und für die Entwicklung von alternativen umweltfreundlichen Energieträgern.

Die DKP-Hessen fordert:

- Weg mit allen Atomwaffen – Hessen atomwaffenfrei!
- Verstaatlichung der Energiewirtschaft und Atomindustrie bei demokratischer Mitbestimmung und Kontrolle!
- Einstellung der Produktion und Beendigung der Lagerung atomwaffenfähigen Materials bei Nukem und Alkem in Hanau!
- Kein AKW in Borken!
- Sofortige Sicherheitsüberprüfung der Blöcke A und B in Biblis!
- Schnellstmöglicher Ausstieg Hessens aus der Atomstromproduktion!
- Schaffung gleichwertiger Arbeitsplätze für die Beschäftigten der betroffenen kerntechnischen Anlagen!

Festival der Jugend

In der Westfalenhalle war zu Pfingsten '86 der Teufel los



Das Festival der Jugend machte es hör-, seh-, fühl- und erlebbar: Eine Organisation und Bewegung, die mit soviel Kunst und so kulturvoll kämpft, wie sollte die aufzuhalten sein? Das Festival zeigte, aus welchem künstlerischen Reichtum wir unsere Kraft, Fantasie, Gefühle und Einsichten, ja unsere Überzeugung für den Kampf für eine friedliche, gerechte und bessere Welt schöpfen können. Was waren und sind die besonderen Eigenschaften der Kunst und Kultur des Festivals?

In Dortmund präsentierte sich eine Kunst, die nicht angepaßt und trotzdem populär ist; die Traditionelles ebenso wie Ausgefallenes bot; etwas für viele und einiges für Spezialisten; Unbequemes und Politisches; Nationales und Internationales; Lautes und ganz Leises; zum Hören und Schauen; zum Konsumieren und Selbermachen. Organisiert, mit genügend Platz zum Spontanen; mit viel Farbe und gestalterischen Dekorationsideen. Die große Gemeinsamkeit: die menschliche, humanistische Ausstrahlungskraft dieser Kultur. Und: Nahezu alle 500 Künstler fanden ihr Publikum.

Besonders gefragt diesmal die gutplazierten Einzelkonzerte: Das Publikum suchte sich sein Konzert aus und blieb dann dort. Zu den herausragenden Einzelveranstaltungen gehörten die Rockkonzerte mit Feinbein, Crackers, Pudhys, bots, Red Skins, Silly, Anne Haigis

und dem Rock-'n'-Roll-Zirkus.

Geheimtipps

Zu einem eigenen kleinen Festival entwickelte sich das Eröffnungskonzert mit Mercedes Sosa sowie das Konzert mit Hannes Wader und der satirische Klamauk von Eisi Gulp. Zu echten Geheimtipps wurden die Veranstaltungen im Goldsaal mit seiner konzertanten Atmosphäre, wie beim Degenhardt-Konzert, dem Bibelprogramm mit Lutz Görner und Uli Türk oder dem Mozart-Programm des Stuttgarter Friedensorchesters. Geheimtip Nr. 2 war das Kleinkunstzelt, das bei Auftritten von Einhart Klucke oder dem Oktoberclub aus der DDR oder bei den Hamburger Jonglören aus den Nähten zu platzen drohte.

Geheimtip Nr. 3 war (wie bei jedem Festival) das Flöz Sonnenschein der DKP Ruhr-Westfalen mit seiner Videogroßprojektion und Mitternachtsgala, seiner Rentnerband oder einem fetzigen Soulprogramm.

Wer Neues, bisher Unbekanntes entdecken wollte, hatte dazu ausreichend Gelegenheit. Welcher Jugendliche hatte vor dem Fest ein Jazzkonzert mit Piano und Posaune (Dauner/Mangelsdorff) gehört? Oder Rockmusik made in DDR? Oder Folklore aus der Sowjetunion und Ungarn? Oder eine Travestie-Show wie bei der Schwulen- und Lesbeninitiative? Oder klassische Pantomime? Oder ...

Bei dem vielfältigen und umfangreichen Programm gab es dennoch Möglichkeiten, sich selbst zu betätigen (Schminken, Schmuck basteln, Tanzen, sich auf die Wiese legen und Gitarre spielen) oder auch irgendwo spontan aufzutreten.

Viel Mut bewiesen die Veranstalter und Günter Amendt (als Moderator) bei der Friedensnacht. Das Programm war unbequem, bot Reibungsflächen, forderte Widerspruch heraus und regte durch seine politischen Akzentuierungen, die durch die auftretenden Künstler verstärkt, ergänzt und erweitert wurden, zum Nachdenken an. Es wollte dem Publikum „nicht nur Stimmung“ bieten, sondern es mit seinen Problemen und Wünschen sehr ernst nehmen.

Abschluß, Höhepunkt und gemeinsames Zusammengehörigkeitserlebnis wurde das Nelson-Mandela-Konzert, vor allem durch das

Kraftbündel Jimmy Cliff, der mit seinem Reggae das Festival zum Tanzen brachte, der das Lebensgefühl von jungen und älteren Jugendlichen zum Ausdruck brachte: mit Spaß und Freude, mit Fantasie und Mut zu kämpfen.

Der SDAJ und dem MSB Spartakus kann man nach diesem Festival nur wünschen, daß diese Kunst und Kultur auch in der täglichen Kleinarbeit, im täglichen Kampf genutzt wird.

**Fantasie,
Kraft,
Einsichten**



Geheimtip Nr. 4 für alle die nicht am Festival teilgenommen haben, weil sie keine Zeit hatten oder noch ihre Bauchschmerzen mit SDAJ oder MSB haben, denen kann man nur zurufen: „Leute Ihr habt was verpaßt“!

Jugendvertreterwahl
Die Redaktion des „Roten Arbeiter“ gratuliert allen Jugendvertretern zu ihrer Wahl.

**FESTIVAL
DER JUGEND!**



IG Metall ruf zur Beteiligung an der Demo am 7. 6. 1986 auf

Gegen die Aktivitäten der faschistischen FAP im Dillgebiet, besonders zum Hestentag in Herborn, hat sich ein breiter Widerstand der demokratischen Öffentlichkeit entwickelt. Im „Demokratischen Arbeitskreis Herborn“ haben sich Sozialdemokraten, Grüne, Kommunisten, Christen, Parteilose und andere gegen diese Neofaschisten zusammengeschlossen. Die Metall-Kollegen im mittelhessischen Raum stehen dabei ebenfalls mit in der vordersten Reihe. In einem Aufruf der Vertreterversammlung Gießen heißt es dazu:

„Wir unterstützen die Aktivitäten und Forderungen des Demokratischen Arbeitskreises Herborn gegen das geplante Bundestreffen der FAP (Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei). Die Ortsverwaltung wird aufgefordert, für die am 7. Juni stattfindende Gegen demonstration zu mobilisieren und Fahrmöglichkeiten (Busse) zur Verfügung zu stellen. Die Vertreterversammlung unterstützt die Forderungen des Demokratischen Arbeitskreises:

- Verbot der FAP!
- Keine Räume für das Bundestreffen der FAP!
- Keine Duldung von Auftritten der FAP während des Hestentages!
- Unterbindung jeglicher faschistischen Propaganda und Aktivitäten!

Begründung:

Die faschistische FAP plant, am 7. Juni 1986 während des Hestentages in Herborn/Dillenburg ein Bundestreffen abzuhalten.

Die FAP ist als faschistische Organisation der Ersatz für die am 7. 12. 1986 durch den Bundesinnenminister verbotenen „Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten“ (ANS/NA). Der führende FAP-Funktionär Michael Krämer, der in Dillenburg wohnt, bezeichnet sich selbst als Nachfolger von Michael Kühnen.

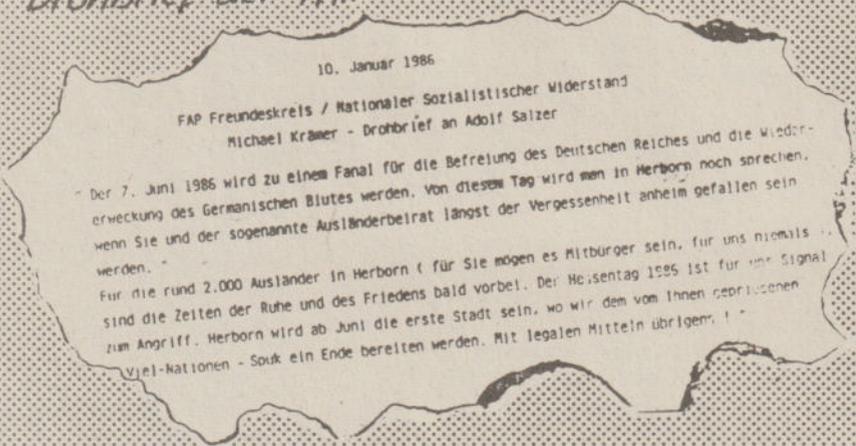
Die FAP hat angekündigt, den Hestentag zu einem „Nationalen Tag der Erhebung“ und „der Wiedererweckung des germanischen Blutes“ zu machen und dort dem „Viel-Nationen-Spuk ein Ende zu bereiten“.

Wir Gewerkschafter wissen aus unserer eigenen Geschichte, daß wir allen Anfängen wehren müssen.

Rechtsradikale und neofaschistische Tendenzen unter Jugendlichen nehmen angesichts der wirtschaftlichen und sozialen Krise immer mehr zu. Die Ausländerfeindlichkeit ist inzwischen so eskaliert, daß sich Neofaschisten nicht mehr scheuen, öffentlich zu hetzen und Gewalt gegen unsere ausländischen Kolleginnen und Kollegen anzuwenden.

Es ist deshalb notwendig, die Gefahren der Rechtsentwicklung vor allem unseren jugendlichen Mitgliedern zu verdeutlichen und aktiv gegen alte und neue Nazis vorzugehen. Nie wieder Faschismus – Nie wieder Krieg!“

Drohbrief der FAP



FAP verboten!



Kommt zur antifaschistischen Demo
 7.6. : 10** Dillenburg
 Wilhelmsplatz, Abschlußkundgebung 13**
 Herborn, Bahnhofplatz